

Bericht über die Reise nach Mazar-e Sharif und Kabul, Afghanistan

22. bis 27. August 2010

Claudia Roth MdB / Dr. Frithjof Schmidt MdB / Agnieszka Malczak MdB

TeilnehmerInnen

- Claudia Roth, MdB, Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen
- Dr. Frithjof Schmidt, MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender und politischer Koordinator des AK4 – Internationale Politik und Menschenrechte
- Agnieszka Malczak, MdB, Sprecherin für Abrüstungspolitik
- Winfried Nachtwei, MdB a.D.
- Michael Kellner, wissenschaftlicher Mitarbeiter Frithjof Schmidt
- Dr. Jens Althoff, Pressesprecher Bündnis 90/Die Grünen

Programm

Mazar-e Sharif: 22.-23. August 2010

- Besuch beim Police Training Center Mazar-e Sharif
- Gespräch mit Professor Finke (DAAD) und Vertretern der Universität Balkh
- Gespräch mit COM RC North, Generalmajor Fritz und dem zivilen Repräsentanten Kai Hennig
- Gespräch mit Soldaten
- Camp Tour Camp Marmal
- Besuch Bundeswehrkrankenhaus
- Gespräch zu CIMIC, Oberstleutnant Wallner

Kabul: 23.-27. August 2010

- Gespräch mit Afghan Analyst Network
- Briefing mit Botschafter König
- Gespräch mit dem ehemaligen Außenminister der Islamischen Republik Afghanistan, S.E. Abdullah Abdullah
- Gespräch mit der Vorsitzenden der Unabhängigen Menschenrechtskommission, Frau Sima Samar
- Gespräch mit dem Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistan, S.E. Hamid Karsai
- Gespräch mit dem Nationalen Sicherheitsberater der Islamischen Republik Afghanistan, S.E. Herrn Dr. Rangin Dadfar Spanta

- Gespräch mit dem Chargé d'Affaires der US Botschaft, Botschafter James Keith
- Besuch Goethe Institut, Frau Anne Eberhard
- Diskussion mit Vertretern der Zivilgesellschaft auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung
- Gespräch mit dem Country and Representative Direktor des UNHCR, Ewen MacLeod
- Gespräch mit Afghanischen Frauenverein, Frau Dr. Kamar Kaltenborn
- Gespräch mit gtz, KfW, DED und VertretInnen von Nichtregierungsorganisationen, Medica Mondiale, Johanniter, Caritas und Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte
- Gespräch mit dem stv. Leiter UNAMA, Martin Kobler
- Gespräch mit afghanischen und internationalen Journalisten
- Gespräch mit Vertretern der afghanischen Frauenfußballnationalmannschaft
- Besuch der Aga Khan Stiftung
- Führung durch die Barbur Gärten
- Besuch ISAF-Hauptquartier,
- Gespräch mit dem Pressesprecher von ISAF, General Blotz
- Gespräch mit dem Deputy NATO Senior Civilian Representative Serge Labbè
- Gespräch mit dem Außenminister der Islamischen Republik Afghanistan S.E. Herrn Zalmay Rasoul

Der Besuch wurde vom AA, der Deutschen Botschaft Kabul, dem BMVg und Regional Command bestens organisiert. Die Betreuung durch Botschafter König, General Fritz, Legationsrat Prange, Frau Wohlleben, Herrn Fischer und Stabshauptmann Müller war vorbildlich. Ein Besuch in Kunduz war leider auf Grund der Witterungsbedingungen nicht möglich.

Die politischen Gespräche begannen bereits in der Warteschlange von Safi-Airlines in Frankfurt. Neben deutschen Polizeiausbildern sprachen wir mit deutschen UNAMA-Vertretern auf dem Weg nach Kandahar. Der Flug nach Kabul war angenehm. Vom zivilen Teil des Flughafens ging es direkt weiter zum militärischen Teil. Die Wartezeit auf die Maschine nach Kunduz wurde durch ein spontanes Treffen mit General Ramms in Begleitung von Herrn Weise verkürzt. Dass General Ramms Dienstvorgesetzter von General Petraeus war, wurde in Deutschland kaum wahrgenommen.

Mazar 22./23. August

GPPT

Direkt vom Flughafen geht es zum Polizeitrainingscenter. In brütender Hitze haben wir uns das Trainingsgelände angeschaut, bevor der deutsche Polizeidirektor Bielor aus Nordrhein-Westfalen uns im gut gekühlten Container das German Police Projekt präsentierte. Er bestätigte uns den Eindruck vom Rundgang. Hier wird (endlich) geklotzt statt gekleckert. Das Gelände wird erweitert. Die jährliche Ausbildungskapazität wird um 400 Plätze gesteigert. Zusätzlich ist der Bau einer Außenstelle der Kabuler Polizeiakademie in Mazar vorgesehen, damit wird eine Kapazität für die Ausbildung höher qualifizierter Polizisten geschaffen.

Mazar ist der größte Standort des GPPT. Weitere Standorte sind Kabul, Kunduz und Feyzabad. In 2010 wurden bisher 1843 Polizisten ausgebildet, davon 1591 in Mazar.

Der angedachte Aufwuchs von 130 auf 200 Polizisten für das gesamte GPPT-Projekt wurde im Juli erreicht.

Allerdings jetzt einen Monat später sind es wieder nur noch 159 (54 Kabul, 63 Mazar, 18 Kunduz, 24 Feyzabad): ein Hinweis auf die Schwierigkeiten, entsprechend ausreichend Polizistinnen und Polizisten zu finden. Bei einer landesweiten Evaluierung der Polizeitrainingszentren hat Mazar am besten abgeschnitten, u.a. auch weil die Verpflegung durch einen afghanischen Caterer mit lokalen Produkten erfolgt. Essen, dass wir leider aufgrund des Ramadans nicht probieren konnten.

Bei der Präsentation durch Polizeioffizier Prehn wurde deutlich, welche Anstrengungen unternommen werden in innerhalb nur sechs Wochen eine polizeiliche Basisausbildung zu vermitteln. Häufig können die PolizeianwärterInnen weder lesen noch schreiben.

Neben der Basisausbildung erfolgt in Mazar Feldwebelausbildung und FDD-Training. Die Feldwebelausbildung (Satanmann) dauert 4,5 Monate. Teilnahmevoraussetzung sind Lese- und



Schreibfähigkeiten. ANCOB, die Gendarmerie-ähnliche afghanische Bereitschaftspolizei, wird durch Deutschland nicht ausgebildet.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Focused District Development (FDD). In ganz Afghanistan wurden dazu 80 Distrikte ausgewählt, deren gesamte Polizei für ein Jahr durch internationale PolizeiausbilderInnen begleitet wird. Kernstück ist dabei die sechswöchige Ausbildung im Trainingscamp. In der Zeit übernimmt die Afghanische Bereitschaftspolizei die Polizeiarbeit im Distrikt. Nach der Ausbildung bekommt die Polizei eine komplette neue Ausstattung (finanziert durch die USA) und für 12 bis 18 Wochen eine intensive Betreuung durch deutsche PolizeiausbilderInnen. Die deutschen Mentoring-Teams bestehen aus jeweils vier Polizisten und Feldjägern. Wie gering allerdings die Repräsentanz von Frauen in der Distriktpolizei ist, zeigt die Zahl des aktuell in Ausbildung befindlichen Distrikts. Von 240 Polizisten sind nur drei weiblich. Ein Problem, das auch bei den anstehenden Parlamentswahlen zu Problemen führt. Es fehlen weibliche Kräfte für Sicherheitskontrollen von wahlwilligen Frauen.

Im Gespräch zeigt sich, dass die Beamten sich eine größere Anerkennung ihrer Arbeit wünschen, für die sie zudem auch schlechter bezahlt werden als etwa die für die europäische EUPOL-Mission tätigen Kollegen.

Gespräch mit Vertretern der Balkh-Universität

Am gleichen Ort schloss sich dann ein Gespräch mit dem deutschen Professor Finke, Gastprofessor an der Balkh-Universität, Rektor Habubulla, Dekan Fayez, Prof. Sahibzada, Master Absolvent der Ruhr-University Master-Absolventen, und Frau Sayd als Studierendenvertreterin an. Die Balkh-Universität hat 7000 Studenten, darunter immerhin ein Drittel Frauen.

Im Gespräch wurden die immensen Schwierigkeiten beim Aufbau der Hochschulen deutlich. Die Studierenden sind in ihrer überwiegenden Zahl äußerst bildungshungrig, zugleich aber fehlen oft die nötigen Grundkenntnisse für ein erfolgreiches Studium. Die Ausstattung ist äußerst mangelhaft. So fehlen entsprechende landessprachliche Bücher. Die Lehrpläne sind veraltet. An der Universität Balkh gibt es auch keine Lerninfrastruktur. So existiert weder ein Lesesaal noch eine Bibliothek. Außer in den überfüllten Wohnheimen haben die Studierenden keine Möglichkeiten in Ruhe zu studieren. Hier fragen wir uns, weshalb im neunten Jahr des internationalen Engagements so wenig passiert. Auch die Lehrenden haben mit nur einem einzigen Büro unmögliche Arbeitsbedingungen. Herr Saman ist beispielsweise der einzige afghanische Fakultätsprofessor, der einem Masterabschluss vorweisen kann, den er an der Ruhr-Universität in Bochum absolvierte. Leidenschaftlich wünschte

sich daher die Studierendenvertreterin nicht nur eine ausreichende Infrastruktur, sondern auch vor allem gut ausgebildete afghanische Dozenten. Wir waren nach dem Gespräch ernüchtert, wie wenig bisher im dem wichtigen Bildungsbereich geschehen ist. Was bisher passiert ist, erscheint uns zwar als ein wertvoller Beitrag zum Aufbau Afghanistans, ist aber bei weitem nicht ausreichend. Master und PhD- Studiengänge müssen auf- bzw. ausgebaut, der internationale Studentenaustausch verbessert, die Dozenten ausgebildet und eine vernünftige Lernatmosphäre geschaffen werden.

Diese eklatanten Mängel erschrecken uns nicht nur vor dem Hintergrund, dass Bildung der Weg für Perspektiven und eine selbstbestimmte Zukunft junger Menschen ist, sondern ganz besonders weil unsere GesprächspartnerInnen uns bestätigen, dass die Universität ein Hort der Hoffnung, der Debatte und einer lebendigen Zivilgesellschaft ist. Sie ist Begegnungsstätte für viele junge Menschen, die an die Zukunft eines friedlichen Afghanistans glauben und sich dafür einsetzen.

Gespräch mit General Fritz, Kommandeur Regionalkommando Nord und dem zivilen Repräsentanten im Norden Kai Hennig zur Sicherheitssituation und zivilem Wiederaufbau

Die strategische Bedeutung der Region im Norden hat in den letzten Jahren zugenommen. Mazar ist der zentrale Knotenpunkt für den Nachschub für den gesamten ISAF-Einsatz, dessen Bedeutung auch wegen der Bedrohung der Nachschubwege über Pakistan steigt. Mittlerweile sind im RC North 10254 Soldatinnen und Soldaten aus 16 Nationen, darunter 4073 deutsche und 4379 amerikanische Soldaten eingesetzt.

Die Sicherheitslage hat sich 2010 im Norden weiter verschärft. Die Bundeswehr erlebt mehr Anschläge mit höherer Qualität, eine Aussage die sich im Laufe unseres Besuches noch bitter bewahrheiten sollte. Die ruhigsten Provinzen sind Badakshan und Balkh. Kunduz und Faryab sind besonders von bewaffneten oppositionellen Kräften betroffen, aber auch SAR-E Pul und Jawzjan. Das Ziel der internationalen Militäroperation ist es, in den nächsten 12-18 Monaten die Aufständischen im Norden zu neutralisieren.

Eine Übergabe in Verantwortung bis 2014 halten einige Vertreter der Bundeswehr für einen realistischen Zeitplan. Kriterien für eine Verantwortungsübergabe in den Bereichen Sicherheit, Governance und Entwicklung werden gerade erarbeitet. Künftig wird ISAF jeden Monat sowohl die zivile als auch die militärische Situation in den einzelnen Provinzen bewerten.

Positiv ist die verstärkte Präsenz der zivilen Säule im Norden. Der neue Senior Civilian Representative ist bei ISAF eingebunden und zugleich Vertreter des Auswärtigen Amtes in Mazar und damit für den zivilen Aufbau im Norden zuständig. Der bisherige Vertreter des AA war allein, jetzt teilen sich die

Aufgaben immerhin drei Mitarbeiter - wenig im Vergleich zum Großbetrieb Bundeswehr, aber immerhin eine willkommene Verstärkung. Wichtigste Herausforderung für die kommenden Monate sind die Parlamentswahlen am 18. September und die weitere Debatte um den nationalen „Versöhnungsprozess“. Das Dilemma mit Vertretern der Taliban zu verhandeln, sehen alle Beteiligten. Betont wird die Unterscheidung zwischen Mitläufern, die ökonomisch erreicht werden können, und Anführern, die nur über politische Zugeständnisse ansprechbar sind.

Das größte Problem im Bereich Governance sind Korruption, mangelnde Ausbildung der Staatsbediensteten und die fehlende Abstimmung zwischen Provinz- und Zentralregierung. Korruption hat auch in Afghanistan zwei Seiten. Wir sprechen von Korruption „out of need“ und „out of greed“. Korruption „out of need“ lässt sich leicht durch bessere Bezahlung beheben, Korruption „out of greed“ nur durch Transparenz und eine aktive Zivilgesellschaft. Positiv ist dabei immerhin, dass endlich die Reform der öffentlichen Verwaltung in Afghanistan angegangen wird.

Der Bereich Entwicklung wird im Norden massiv verstärkt. Gemeinsam mit der afghanischen Regierung wurden dazu zwei Regionalfonds, Kapazitätsbildung und Infrastruktur, geschaffen. Die Entscheidung über konkrete Projekte liegt bei der afghanischen Regierung. Der zusätzliche Mittelaufwuchs stellt die EZ vor Umsetzungsschwierigkeiten, der Mittelabfluss wird aber gelingen, so die hoffnungsvolle Einschätzung.

Gespräch mit Soldaten und Tour durch das Camp Marmal

Nüchtern berichten die deutschen Soldaten über ihren Einsatz. Sie sehen sich als Unterstützer der afghanischen Bevölkerung und berichten davon, dass sie in den meisten Fällen freundlich aufgenommen werden.

Mit gemischten Gefühlen sehen die deutschen Soldaten das gestiegene amerikanische Engagement im Norden. Einerseits bringen sie zusätzliche Fähigkeiten beispielsweise beim Beseitigen von Sprengfallen und Luftrettungskapazitäten mit, andererseits berichten sie vom schlechten Image der Amerikaner und befürchten so eine weitere Eskalation der Lage.

Die Soldaten berichten über gemeinsame Einsätze mit der afghanischen Armee. Die Erfahrungen sind dabei durchwachsen. Bei den TAHOID-Operationen I-III



waren ANA und ANP als Partner mit dabei, mit Beginn des Ramadans aber fehlte auf einmal diese Unterstützung. Deutliche Unterschiede bestehen auch beim Ansehen von ANA und ANP. Während ANA anerkannt wird, gilt die afghanische Polizei in den Augen der Bevölkerung nicht viel.

Die Soldaten wünschen sich auch eine bessere Einsatzvorbereitung. So stehen bei der Ausbildung in Deutschland teilweise nicht die gleichen Fahrzeugtypen zur Verfügung. Auch im achten Jahr des Einsatzes sind vereinzelt Fahrzeuge nicht ausreichend geschützt und ohne Klimaanlage ausgerüstet. Bei Temperaturen über 40 Grad heizen sich die gepanzerten Fahrzeuge schnell auf unerträgliche Temperaturen auf.

Besuch Bundeswehrkrankenhaus

Ein Sandsturm hindert uns leider am Weiterflug nach Kunduz. Wir ändern daher unsere Pläne und haben daher die Gelegenheit das Bundeswehrkrankenhaus am Standort zu besuchen. Wie real die Gefahr für die Soldaten hier ist, erfahren wir auf dem Weg zum Krankenhaus. Während wir im ISAF-Camp sind, wird auf dem Weg nach Mazar ein Konvoi ungarischer Soldaten "angesprengt", wie man hier im Camp sagt: Sie fahren auf eine von Taliban gelegte Mine. Eine ungarische Soldatin stirbt, sechs weitere wurden verletzt, einer davon lebensbedrohlich. Sie sollten einen Tag später den Weg in die Heimat antreten.

Die Ärzte vom Sanitätsdienst der Bundeswehr, mit denen wir sprechen, sind damit beschäftigt, die schwerverletzten ungarischen Soldaten so schnell wie möglich in die auf dem Niveau eines modernen Kreiskrankenhauses eingerichtete Klinik im Camp zu bringen. Aber die Hubschrauber können nicht starten, der Wind ist zum Sturm geworden, der den trockenen Staub und Sand durch das Lager weht. Am Ende wird es erst am späten Nachmittag gelingen den Soldaten zu evakuieren. Viel später in Kabul werden wir von seinem Gehirntod erfahren.



Im Krankenhaus sehen wir Röntgenbilder eines bei einem Gefecht schwer verwundeten Soldaten der afghanischen Armee, der gerade behandelt wird. Die Sanitäter der Bundeswehr berichten über einen Rollenwechsel, der zunehmend stattfindet: Die Taliban greifen gezielt die Einsatzwagen des Sanitätsdienstes an, weil sie das schwächste Glied in einem Konvoi sind. Sie können ihre

Einsatzwagen nicht mehr kennzeichnen, müssen sie verteidigen, haben aber auch zu wenig der gepanzerten Fahrzeuge. Immer wieder begegnen uns deutliche Anzeichen dafür, dass der Einsatz der Bundeswehr hier im Norden immer gefährlicher wird und sich offenbar schleichend von einem Stabilisierungseinsatz zu einem Einsatz der offensiven Aufstandsbekämpfung verändert. Nicht zuletzt gehen die Ärzte im Krankenhaus von einer stärkeren Betreuungsanforderung in den nächsten Monaten aus.

Gespräch mit Oberstleutnant Wallner, CIMIC

Die ganzen Schwierigkeiten bei der Unterstützung einer afghanischen Entwicklung macht das Gespräch zu CIMIC deutlich. 9000 Dörfer gibt es hier im Norden in denen knapp Zweidrittel der Gesamtbevölkerung von 10 Millionen Menschen leben. Es fehlt eine Übersicht, wie viele der Dörfer in den letzten Jahren durch CIMIC-Maßnahmen erreicht wurden. Für eigene CIMIC-Maßnahmen stehen den RC-North ganze 60.000 Euro zur Verfügung. 8.000 Euro dürfen maximal für ein einzelnes Projekt verwendet werden. CIMIC operiert dort wo gtz oder BMZ nicht reinkommen, kann allerdings Maßnahmen nur anfangen. Um nachhaltig Erfolg zu erreichen, setzt die Bundeswehr auf anschließendes ziviles Engagement, denn sie hat nicht die Möglichkeit dauerhaft in den Dörfern präsent zu sein.

Künftige CIMIC-Maßnahmen im Norden stehen vor zusätzlichen Schwierigkeiten, weil nach bisherigen Planungen die beiden CIMIC-Außenteams in Mazar wegfallen sollen. Bei allen Bemühungen der Bundeswehr bleibt nach dem Besuch bei uns ein großes Fragezeichen, ob im Rahmen der COIN-Strategie wirklich ein nachhaltiger Aufbau erfolgen kann.



Kabul 23.-27. August

Gespräch mit Afghan Analyst Network

Nach Abflauen des Sandsturms nimmt uns ein amerikanisches Transportflugzeug nach Kabul mit. Unser erster Termin dort ist mit dem Afghan Analyst Network, einer unabhängigen und nicht-profitorientierten Nichtregierungsorganisation, die zum Thema Afghanistan forscht und erst kürzlich eine lesenswerte Studie zum Aufstand im Norden publiziert hat. Wir treffen dabei Bente Scheller von der Heinrich-Böll-Stiftung, die uns bei der Vorbereitung und Durchführung der Reise ausgezeichnet unterstützt hat, Christoph Reuter, deutscher Journalist in Kabul, und Kate Clark und Fabrizio Foschini zwei weitere Mitglieder des Netzwerks.

Sie sehen die neue Militärstrategie von ISAF kritisch. Durch die gezielten Tötungen werden Kommandeure ausgeschaltet, die immerhin noch eine lokale Verankerung haben. Diese werden durch jüngere und in Pakistan ausgebildete Taliban ersetzt. Da ihnen lokale Verankerung und Verantwortung fehlen sind diese brutaler und noch weniger zugänglich für Absprachen. Das sei einer der Gründe, warum sich die Situation im Süden und im Norden trotz aller Anstrengungen weiter verschlechtert. Zusätzlich kritisieren sie deutlich die Regierung von Karsai. Die Taliban sind erfolgreich, nicht etwa aus eigener Stärke heraus, sondern aufgrund der Schwäche der afghanischen Regierung. Korruption bis in hohe Ränge der Regierung greift immer weiter um sich. Präsident Karsai tut nicht nur nichts gegen die Korruption, sondern er sabotiert sogar deren Bekämpfung. Nach ihrer Sicht plant Karsai schon für die Zeit nach einem Abzug der internationalen Gemeinschaft und setzt immer stärker auf Paschtunen zu Lasten der Minderheiten in Afghanistan.

Briefing mit Botschafter König

Am Abendessen in der Botschaft nehmen neben dem Botschafter König noch der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan, Michael Steiner, und der stv. Leiter von UNAMA, Martin Kobler teil. Alle drei betonten die Bedeutung der am 18. September anstehenden Parlamentswahl. Die technischen Vorbereitungen verlaufen dieses Mal besser als bei der Präsidentschaftswahl. Die Wahlunterlagen sind fertig. Alle Afghanen können in jedem Ort wählen, damit will man allen eine Chance auf Beteiligung geben, auch in den Orten, wo aufgrund der Sicherheitslage keine Wahllokale geöffnet werden. Inwieweit die betroffenen Menschen allerdings reisen können, bleibt unklar und um allerdings Betrug einzudämmen, wird die Öffnung von Wahllokalen restriktiv gehandhabt. Große Schwierigkeiten gibt es durch die Ablehnung der Wahl durch die Taliban. Drei Kandidaten wurden

bereits ermordet. Insbesondere schwierig ist die Gewinnung von Wahlhelferinnen. Es fehlen bis zu 12.000 Sicherheitsbeamtinnen zur Wählerinnendurchsuchung. Lehrerinnen und andere weibliche Staatsangestellte weigern sich aus Angst vor Gewalt diese Aufgabe zu übernehmen.

Bis heute fehlt auch die Einführung eines verbindlichen WählerInnenregisters. Präsident Karsai hat das auch für diese Wahl blockiert, obwohl ein solches Register dringend notwendig wäre.

Eine lebhafte Debatte entstand im Anschluss zur Frage einer politischen Aussöhnung und der Militärstrategie. Den Amerikanern sei es zwar in den letzten drei Monaten gelungen 365 Kommandeure und 1300 einfache Talibansoldaten zu töten, zusätzlich konnten 1600 Taliban festgenommen werden, aber damit werden zugleich Verhandlungspartner ausgeschaltet. Der Nachschub an neuen Taliban sei ungebrochen und die neuen Kommandeure sind nicht nur zehn Jahre jünger, sondern noch brutaler. Die internationale Gemeinschaft ist gespalten. Während ein größerer Teil eine politische Lösung forcieren will, setzen die Amerikaner weiterhin auf einen militärischen Erfolg. Allerdings wird ein jeder Verhandlungsprozess dauern, daher wäre es besser jetzt damit anzufangen. Die Bedingungen für die Verhandlungen sind klar, Akzeptanz der Verfassung, Bruch mit Al-Quaida und das Ende von Gewalt. Auch wenn die afghanische Regierung die Verhandlungen führen muss, so bedarf es dazu einer deutlichen Unterstützung durch die gesamte internationale Gemeinschaft. Die Kabuler Konferenz war dazu ein erster Schritt. Am Ende eines jeden Verhandlungsprozesses muss eine große regionale Konferenz stehen, die diese Übereinkunft unterstützt und Sicherheitsgarantien gibt.

Deutlich tritt zu Tage, dass es sich bei dem Reintegrations- und Versöhnungsprogramm nicht um einen Prozess handelt, der die ganze afghanische Gesellschaft umfasst. Immer wieder – nicht nur an diesem Abend - stellen wir die Frage nach den sogenannten „roten Linien“ bei der Verhandlungslösung. Uns beschäftigt auch wie eigentlich in ihrem Rahmen verhindert werden soll, dass die Opfer von jahrzehntelangem Krieg, Menschenrechtsverbrechen und des folgenden grausamen Talibanregimes – gerade auch die Frauen - nicht noch ein zweites Mal zum Opfer werden, indem Gerechtigkeit und Rechte zur Disposition stehen und die alten Peiniger ins politische Geschehen zurückkehren. Überzeugende Antworten hat kaum jemand für uns auf diese Frage, allerdings Bekundungen, dass das auf keinen Fall passieren darf.

Gespräch mit dem ehemaligen Außenminister der Islamischen Republik Afghanistan, S.E. Abdullah Abdullah

Im grünen Garten seines Hauses trafen wir den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten.

Beherrschendes Thema des Gespräches waren die anstehenden Wahlen und die demokratische

Kultur in Afghanistan. Abdullah warf Präsident Karsai einen mangelnden Willen zur Demokratie vor. Daher wären die politische Institutionen schwach und die demokratische Kultur im Land gering. Er warf Präsident Karsai vor, mit seinem Rückgriff auf Konservatismus und Nationalismus genau diese demokratische Kultur weiter zu schwächen. Abdullah warnte vor einem Versöhnungsprozess, in dessen Ergebnis die Unterstützer für ein modernes Afghanistan noch weiter an den Rand gedrängt werden könnten. Die schwachen staatlichen Strukturen im Justiz- und Polizeibereich sind aus seiner Sicht auch eine Erklärung für die Attraktivität der Taliban. Deren ungeliebte aber effektive Rechtsprechung bedient die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung nach Sicherheit und Ruhe. Auf keinen Fall dürfen daher Prinzipien wie Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte in einem Versöhnungsprozess geopfert werden. Aus seiner Sicht gibt es zwei künftige Modelle für Afghanistan – ein islamisches Kalifat oder eine islamische Republik.

Abdullah zeigte sich zuversichtlich, dass es ihm mit anderen gelingen wird, nach der Parlamentswahl einen oppositionellen Block gegen Karsai im Parlament zu bilden. Inwieweit das eine realistische Einschätzung ist, daran zweifeln spätere Gesprächspartner. Der afghanischen Politik fehlt eine klare Opposition, die sich nicht allein aus ethnischer Zugehörigkeit oder Stammesloyalität speist.

Gespräch mit der Vorsitzenden der Unabhängigen Menschenrechtskommission, Frau Sima Samar

Ein freudiges Wiedersehen gab es mit Frau Samar, die in den vergangenen Jahren immer wieder grüne Gesprächspartnerin und Teilnehmerin der Petersberger Konferenz war. Sie kritisierte ebenfalls die mangelnde Staatlichkeit im Bereich Justiz und Polizei. Die Taliban stoßen mit ihrer informellen Rechtssprechung in eine Lücke, die ihnen der afghanische Staat lässt. Unterstützung aus der Bevölkerung bekommen die Taliban in einigen Teilen des Landes nicht aus Identifikation mit deren radikalislamistischen Ansichten, sondern primär weil das Fehlen effektiver Regelungsmechanismen zu einer jahrzehntelangen Instabilität und Unsicherheit geführt hat und die Taliban versuchen diese Lücke zu schließen. In Afghanistan konkurrieren drei Rechtssysteme und ihre Durchsetzung: Das neue Recht des afghanischen Staates, das alte Stammesrecht und die radikale Interpretation der Scharia durch die Taliban. Die Antwort darauf muss eine Stärkung der formalen Rechtssprechung durch den afghanischen Staat sein. Deren Urteile sind fragwürdig, inkohärent und immer wieder von Missachtung gegenüber Frauen geprägt. Zur Kompensation von Morden bekommt die Familie des Opfers beispielsweise eine Frau von der Familie des Täters. Auch Fälle von Steinigungen und Peitschenhiebe für Ehebruch oder heimliche Liebesbeziehungen sind jüngst wieder vorgekommen.

Frau Samar beschreibt die schlechter werdende Situation im Norden und führt das auf eine mangelnde Strategie der internationalen Gemeinschaft zurück. Statt die Regierungsstrukturen zu stärken, setzt die internationale Gemeinschaft auf parallele Strukturen. Statt den Polizeiaufbau voranzubringen, wird auf Milizen gesetzt.

Die laufende Debatte über die Aufgabe von Menschenrechten, inklusive der Frauenrechte, verunsichert die Bevölkerung. Sie führt zu einer verschlechterten Stimmung und zu einer realen Verschärfung der Lage. Die Regierung plant die Etablierung eines High Council for Peace. Eine ausreichende Beteiligung von Frauen ist bisher nicht sichergestellt. Frau Samar zweifelt auch an den Erfolgsaussichten der „Versöhnungsinitiative“, weil selbst gemäßigte Taliban die Verankerung der Menschenrechte in der afghanischen Verfassung für einen Fehler halten.

Angesprochen auf die Opfer des Bombardements am Kunduz-Fluss, betonte Frau Samar die Arbeit der Unabhängigen Menschenrechtskommission. Diese bekomme viel Anerkennung durch die Familien der Opfer. Sie bedauert das lange Zögern des Verteidigungsministeriums, sieht jetzt aber den Durchbruch. Sie betont zugleich, dass Anwalt Popal nicht der Repräsentant der Opfer ist.

Die beeindruckende Arbeit von Frau Samar und der unabhängigen Menschenrechtskommission ist durch finanzielle Engpässe bedroht. Hier bedarf es einer unkomplizierten verstärkten Förderung.

Gespräch mit dem Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistan, S.E. Hamid Karsai

Präsident Karsai nahm sich über eine Stunde Zeit für ein ausgesprochen offenes Gespräch. Er betonte



die Bedeutung der Parlamentswahl. Aus seiner Sicht laufen die Vorbereitungen nach Plan. Problematisch bleibe die Sicherheitssituation, insbesondere für Kandidatinnen und Wählerinnen – deren Teilnahme ihm jedoch ausgesprochen wichtig sein. Präsident Karsai warb um stärkere Investitionen aus Deutschland. Besonders im Bereich Ressourcen seien deutsche Technologien wichtig für die weitere

Entwicklung in Afghanistan. Klare und kritische Worte fand Karsai am Umgang der internationalen Gemeinschaft mit Pakistan. Ohne ein robusteres Vorgehen gegen die Rückzugsräume in Pakistan können diese nicht signifikant geschwächt werden. Eine Position die unisono von Vertretern der afghanischen Regierung zu hören war.

Der Kampf gegen den Terrorismus in den afghanischen Dörfern, gerade auch die „night raids“, sei die falsche Strategie. So verliert die afghanische Regierung und ISAF an Zustimmung und Legitimität. Präsident Karsai begründete die anstehende Auflösung von privaten Sicherheitsfirmen als notwendigen Schritt zur Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols.

Karsai hält am Ziel einer islamischen Republik Afghanistans fest, zugleich bereitet er sich auf eine politische Lösung vor, die das Überleben seiner Regierung sichern soll. Er ist daher bereit mit allen Afghaninnen und Afghanen zu reden. Langfristig ist aus seiner Sicht die Ausbildung der afghanischen Mullahs/Geistlichen entscheidend, die eine Brücke zwischen dem Islam und einer republikanischen Staatsauffassung schlagen.

Gespräch mit dem Nationalen Sicherheitsberater der Islamischen Republik Afghanistan, S.E. Herrn Dr. Rangin Dadfar Spanta

Ein Wiedersehen gab es im Anschluss mit Ranging Dadfar Spanta. Am Vortag war seine vielbeachtete Generalabrechnung mit der Politik in Pakistan und der doppelbödigen Haltung der internationalen Gemeinschaft dazu in der Washington Post erschienen.¹ Er sieht in Pakistan die Wurzeln des Terrorismus in Afghanistan. Die im Oktober angedachte Geberkonferenz für Pakistan wäre aus seiner Sicht ein geeigneter Anlass, um die pakistanische Regierung zu Zugeständnissen in der Terrorbekämpfung zu bewegen. Skeptisch äußerte sich Spanta zu den gezielten Tötungen, schloss aber auch nicht aus, dass erst verstärkter Druck die Taliban zu Verhandlungen bewegen könnte. Nach seiner Ansicht würde die Festlegung eines Abzugsdatums die Intensität der Kämpfe nur verstärken. Er schlägt vor, die Sichtbarkeit der internationalen Militärpräsenz zu reduzieren. Im Zusammenhang mit dem sogenannten Versöhnungsprozess betonte Spanta seine Unterstützung für die Entscheidung von Präsident Karsai, das Gesetz zur Transitional Justiz nicht zu unterschreiben. Afghanistan ist mit Kambodscha oder Südafrika nicht vergleichbar und zu einer Aufarbeitung der eigenen Geschichte auf längere Sicht nicht bereit. Es wird wahrscheinlich eher wie in Argentinien über drei Jahrzehnte dauern, bis die Gesellschaft zu einer Aufarbeitung in der Lage ist. Heute würde eine solche Aufarbeitung nur die bestehenden Spannungen verschärfen. Daher ist der Begriff „Versöhnungsprozess“ falsch. Vielmehr geht es um ein Arrangement der politischen Macht in Afghanistan. Entscheidend wird dabei sein, welche Kräfte sich durchsetzen. Wenn Mitte 2011 der Rückzug der internationalen Gemeinschaft beginnt, dann wird sich die Stärke von ANP und ANA zeigen. Erst wenn sich deren Stärke bewiesen hat, werden die Taliban Kompromisse eingehen.

¹ <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/08/22/AR2010082202272.html>

Gespräch mit Chargé d'Affaires der US Botschaft, Botschafter James Keith

Nachdem wir die heftigen Sicherheitsvorkehrungen vor und in der amerikanischen Botschaft überwunden hatten, folgte ein äußerst offenes Gespräch mit Botschafter James Keith. Er betonte selbstkritisch das mangelnde Engagement der internationalen Gemeinschaft in den vergangenen Jahren. Allerdings seien jetzt die Ressourcen durch die neue amerikanische Regierung massiv verstärkt wurden. Er sieht Erfolge im Kampf gegen die Taliban und beim Wiederaufbau. Zunehmend würde es gelingen über gezielte Festnahmen und Tötungen Druck und Verunsicherung gegenüber den Taliban zu erzeugen. Er war optimistisch, mit einer Fortsetzung einer solchen Politik, die spätere Grundlagen für eine politische Lösung zu legen. Dafür läge die Verantwortung allerdings nicht bei der internationalen Gemeinschaft, sondern bei der afghanischen Regierung. Angesprochen auf Bagram und Abu Ghraib betont Keith, dass nicht das internationale Militär die Herzen und Köpfe der Menschen in Afghanistan gewinnen kann. Das kann nur die afghanische Regierung.

Für die nächsten Monate geht er allerdings erst einmal von einem Anstieg der Gewalt aus, weil mehr Soldaten im Land stationiert und damit weniger weiße Flecken akzeptiert werden.

Besuch im Goethe Institut

Bei der Gestaltung unseres Programmes war es uns ein wichtiges Anliegen neben allgemeinen politischen Terminen auch einen Einblick in die Kulturpolitik zu bekommen. Ein Thema, das leider zu wenig Aufmerksamkeit bekommt. Laut der Leiterin des Goethe-Instituts, Frau Anne Eberhard, waren wir die erste offizielle Delegation, die aus eigenem Engagement den Weg dorthin gefunden hat. Beim Rundgang durch das Institut waren wir geschockt. Das Institut ist in der ehemaligen DDR-Botschaft untergebracht und in einem schaurigen Zustand – große Risse in den Wänden und Schimmel auf dem Putz. Zugleich fehlt es an einem eigenen Veranstaltungsraum. Das Gebäude müsste nach europäischer Norm aufgrund der fehlenden Erdbbensicherheit geräumt werden. Zusätzlich zur mangelnden Erdbbensicherheit ist die Haus- und Betriebstechnik, sowie die Substanz des Gebäudes derart mangelhaft, dass eine Ertüchtigung nicht wirtschaftlich ist.

Das Goethe-Institut hat daher einen Bedarf für das Jahr 2011 von ca. 47 Mio. EUR für bauliche Maßnahmen recherchiert und beim AA angemeldet.

Tatsächlich werden dem Goethe-Institut in 2011 aber wahrscheinlich nur ca. 8 Mio. EUR für bauliche Maßnahmen zur Verfügung stehen, da das AA nicht mehr beim BMF beantragt hat. Trotz vorliegender Baupläne und bewilligter Gelder verzögert sich so der dringend notwendige Neubau. Wir können nicht verstehen, warum die Regierung die Mittel für Afghanistan deutlich aufstockt, aber nicht die entsprechenden Mittel für das Goethe-Institut bereitstellt. Das ist ein völlig unakzeptabler

Zustand. Das Goethe-Institut ist eine der wenigen kulturellen Leuchttürme in Kabul mit engagierten Mitarbeitern. Viele Afghaninnen und Afghanen kommen dort zu Veranstaltungen und Deutsch-Kursen.

Deutschland ist weiterhin in Afghanistan hoch angesehen und das Interesse an Deutschland ausgesprochen hoch. Davon konnten wir uns nicht zuletzt in Gesprächen mit KursteilnehmerInnen überzeugen. Viele Kursteilnehmer sind Frauen, die allerdings von männlichen Verwandten begleitet werden.

Zum Haus gehört, wie so oft in Kabul, ein schöner Garten. Bei Kaffee und einer grünen Sonnenblumentorte vom iranischen Konditor wurde deutlich, dass es auch eine andere Realität in Afghanistan gibt. Dort im Garten hat im Sommer eines der ersten afghanischen Rockkonzerte stattgefunden. Ermöglicht wurde dies durch eine Instrumentenspende aus



Deutschland. Mit Sorge erfüllten uns die Berichte über den Zustand der ZfA-Schulen (Armani-Schule, Aische-e-Durrani-Schule und dem Lycée Jamhuriat). Diese Schulen wurden mittlerweile an die afghanische Regierung übergeben. Deren Image hat sich in der Bevölkerung massiv verschlechtert, die bauliche und sachliche Ausstattung ist (erneut) mangelhaft. Völlig unverständlich waren für uns die Kürzungen der deutschen Mittelzuwendungen an diese Schulen und die Reduzierung der entsandten Deutschlehrer für diese Schulen. Uns beschlich der Eindruck einer mangelnden Nachhaltigkeit deutscher Anstrengungen. Die deutschen Mittel werden anscheinend zu Lasten dieser Schulprojekte und des Goethe-Instituts auf den „deutschen“ Norden konzentriert. Eine Strategie, die Aufbauerfolge in Kabul leichtfertig gefährdet.

Diskussion mit Vertretern der Zivilgesellschaft auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung

Auf Einladung der Böll-Stiftung trafen wir uns mit Projektpartnern der Stiftung zum Fastenbrechen im Hotel Serena. Die Böll-Stiftung arbeitet mit beeindruckenden Menschen zusammen, die trotz fortwährender Drohungen für ein besseres Afghanistan arbeiten. Die Skepsis gegenüber der Regierung wurde in den vielen Einzelgesprächen genauso deutlich, wie die Sorge über die weitere Entwicklung. Frauen, die während der Talibanzeit sechs Jahre daheim sitzen mussten, sehen mit großer Sorge eine mögliche Einigung der Taliban. Zugleich wurden aber Erfolge in der Menschenrechtsarbeit oder bei dem Aufbau einer doch vielfältigen Presselandschaft deutlich.

Gespräch mit dem Country and Representative Direktor des UNHCR, Ewen MacLeod

Im Gespräch mit Ewan MacLeod wurde der Umfang der Flüchtlingsproblematik in Afghanistan deutlich. Insgesamt über fünf Millionen Afghaninnen und Afghanen kehren seit 2002 in das Land zurück. Das sind fast 20 Prozent der Bevölkerung. Kabul ist deshalb von 1,5 auf 4,5 Millionen Menschen angewachsen. Die UNHCR Mission in Afghanistan ist damit eine der größten weltweit, nur die Missionen im Irak und Kongo sind größer. Jedes Land würde mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wenn es einen solch großen Flüchtlingszustrom erfährt. Gerade zu Beginn lief die Rückkehr allerdings dafür weitgehend unproblematisch, weil die RückkehrerInnen vor allem Afghanen waren, die nur kurze Zeit außerhalb des Landes gelebt hatten und über entsprechende Infrastruktur und soziale Netze verfügten. Seit 2006 wird die Situation schwieriger. Es kommen Menschen zurück, die über 25 Jahre außerhalb des Landes lebten. Die Hälfte von ihnen ist außerhalb Afghanistans geboren. Diese Menschen siedeln sich vor allem wieder in den Städten an und leisten damit der massiven Urbanisierung Afghanistans Vorschub. Afghanistan ist nachwievor eines der ärmsten Länder der Erde. Die Wirtschaft wächst zweistellig, aber die Jobsituation ist gerade für viele junge Afghanen immer noch sehr schwierig. Die meisten afghanischen Familien haben im Iran oder in Pakistan gelebt. Die Zusammenarbeit insbesondere mit dem Iran ist sehr gut. Der Iran hat sich an die Flüchtlingskonvention gehalten. Kinder von Afghanen haben Zugang zum Bildungssystem und alle Flüchtlinge auch zum Gesundheitssystem. Mittlerweile arbeiten viele der Flüchtlinge, die zurückgekehrt sind, als temporäre Gastarbeiter im Iran und in Pakistan. Auch Pakistan, obwohl kein Unterzeichner der Flüchtlingskonvention, hat die Flüchtlinge weitgehend gut behandelt. Allerdings sind jetzt durch die Flut in Pakistan weitere afghanische Flüchtlinge betroffen. Der UNHCR ist auf deren Aufnahme vorbereitet, auch Dank der finanziellen Unterstützung Deutschlands. Bis zu jeweils zwei Millionen Afghanen leben weiterhin noch im Iran und Pakistan. Auf absehbare Zeit wird Afghanistan nicht in der Lage sein, diese vier Millionen Menschen aufzunehmen.

Anders als mit dem Iran funktioniert die Grenzkontrolle mit Pakistan nicht. Mit beiden Ländern braucht es allerdings eine Regelung für die temporären Migranten. Leider tut die Regierung dafür bisher nichts. Solche Regelungen wären der einzige Weg, um den massiven Schmuggel an den Grenzen einzudämmen.

Zusätzlich führen die Kampfhandlungen zu aktuell bis zu 140.000 Binnenvertriebenen im Süden. MacLeod ist in seiner vierten Verwendung in Afghanistan. Bei allen Schwierigkeiten sieht er Hoffnung aufgrund der vielen Fortschritte. Die Städte leben wieder und selbst die Taliban wollen nach seiner Ansicht nicht wieder ihr totalitäres Steinzeitregime etablieren. Allerdings weist er darauf hin, dass in den Madrassen in Pakistan die Rekrutierung und Indoktrinierung junger Männer als Taliban auch

heute noch stattfindet.

Uns hat professionelle die Arbeit von Ewen MacLeod beeindruckt. Zumindest gegenüber den rückkehrenden Flüchtlingen scheint die Internationale Gemeinschaft ihrer Verantwortung weitgehend gerecht zu werden.

Gespräch mit Afghanischen Frauenverein, Frau Dr. Kamar Kaltenborn

Dr. Kamar Kaltenborn vom Afghanischen Frauenverein, der von Roger Willemsen in Deutschland mit großen Einsatz unterstützt wird, berichtet uns von einer Mädchenschule in Kunduz, die der Frauenverein aufgebaut hat und betreibt. Die Ärztin ist gebürtige Afghanin, die mit ihren 72 Jahren, die man bei ihr allerdings nie vermuten würde, ihre verdiente Rente in Deutschland genießen könnte, wo sie seit langem lebt und arbeitet.

Stattdessen ist sie unermüdlich für den Frauenverein in Afghanistan unterwegs, nach der Flutkatastrophe jetzt gerade auch in Pakistan. Sie erzählt uns vom Besuch einer deutschen Delegation in der Mädchenschule in Kunduz, die wegen eines neuen Daches gekommen war. Kurz danach bekam der Frauenverein einen offiziellen Brief der Taliban, dass sie sofort die Schule schließen müssten, da sie offenbar mit den internationalen Truppen zusammenarbeiten würden. Erst nach langwierigen Verhandlungen über mehrere Vermittler konnte der Frauenverein den Taliban-Vertretern klar machen, dass es sich um eine zivile Delegation von Deutschen gehandelt habe, die sich um die Renovierung des Daches kümmern wolle und dass die Schule in keiner Weise etwas mit den internationalen Truppen zu tun hätte.



Dieser Bericht machte uns einmal mehr klar, wie wichtig für die Arbeit der NGOs ist, dass der Erfolg ihrer Arbeit davon abhängt, als unabhängiger Akteur wahrgenommen zu werden, der nicht Teil einer Seite des Konflikts ist. Deutlich wird, welchen Schaden Entwicklungsminister Niebel mit seiner Ansage anrichtet, es würden nur noch solche NGOs Fördermittel bekommen, die bereit wären eng mit der Bundeswehr zu kooperieren.

Aktuell engagiert sich Frau Kaltenborn für afghanische Flüchtlinge in Pakistan, die durch die Flut alles verloren haben. Hier sucht sie händeringend nach Unterstützung.

Gespräch mit gtz, KfW, DED und VertretInnen von Nichtregierungsorganisationen, Medica Mondiale, Johanniter, Caritas und Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte

Einen ganzen Nachmittag nehmen wir uns Zeit, um uns aus erster Hand über die Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan zu informieren. Das schöne Gästehaus der gtz ist dafür der richtige Ort. Die enormen Anstrengungen machen uns Mut, allerdings bleiben die Probleme riesig. Beim gemeinsamen Mittagessen wird deutlich, dass es erhebliche Kritik an den neuen Anordnungen des Ministers Niebels gibt.

Dass endlich mehr Mittel für den Wiederaufbau zur Verfügung stehen, wird von allen begrüßt, allerdings steht ein Teil bereits wieder unter Haushaltssperre. Der Mittelabfluss ist eine Herausforderung, da auch die Personalrekrutierung entsprechend Zeit benötigt. 2012 wird der Höhepunkt der zivilen Wiederaufbauarbeit erreicht sein.

Mit den Anstrengungen der vergangenen Jahre wurde viel Positives erreicht. Statt einer Million Kinder in 2002 gehen heute 7 Millionen, davon 40 Prozent Mädchen, in die Schule. Auch bei Wasser und Energie hat sich vieles verbessert, wenn auch uns die allabendlichen kurzen Stromausfälle im Hotel deutlich machten, dass noch einiges zu tun bleibt. Drei Millionen Jobmöglichkeiten wurden geschaffen. Zwei Millionen Menschen mit Wasser und Strom versorgt und Schulen für 500.000 Kinder gebaut. Allerdings macht die schwierige Sicherheitslage alles zu schaffen. Sicherheit kann nicht durch zivile Entwicklungsprojekte „gekauft“ werden. Aufgrund der schlechten Sicherheitslage musste die gtz sich aus Khost und Paktya zurückziehen. Auch in Baghlan und Kunduz musste die Arbeit eingeschränkt werden.

Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt im Bereich gender mainstreaming. Mittlerweile gibt es sieben gender units in den Ministerien und zusammen mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft wird seit fünf Jahren eine intensive Zusammenarbeit dazu mit der afghanischen Regierung betrieben. Ein großes Problem ist das schlecht ausgebildete Personal in den Ministerien. Positiv war der Bericht aus dem Finanzministerium. Dort gibt es mittlerweile gender budgeting.

Mit einem rule of law Projekt unterstützt Deutschland auch den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan. Von besonderem Erfolg ist dabei das Angebot zur zivilen Streitschlichtung. Das ist eine Möglichkeit, neben der Justiz freiwillige Konfliktlösung zu betreiben, ohne auf das informelle Rechtssystem der Scharia zu setzen. In den letzten Monaten wurden über 6.000 Fälle behandelt. Auch die Kapazitäten der Polizeiausbildung wurde auf immerhin 5.000 Polizisten im Jahr vergrößert. Noch mehr sollte man sich allerdings auf die Landbevölkerung fokussieren. Noch immer erfährt diese kaum eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

Wichtig ist dabei, dass gerade bei Infrastrukturprojekten auf lokale Beschäftigungseffekte geachtet

wird, ein Punkt auf den die KfW bei neuen Projekten im Norden sehr achtet. Um nachhaltige Erfolge zu erzielen, bleibt aber die Qualifizierung der Bevölkerung unerlässlich. 72 Prozent sind Analphabeten. Daher liegt ein Schwerpunkt auf der Berufsausbildung im Norden. Der DED setzt auf Bildungsarbeit, um zivile Konfliktbearbeitung, Friedenspädagogik, Menschen- und Frauenrechte und Friedensjournalismus zu verankern. Die Schwierigkeiten sind immens, doch zugleich macht es Mut zu sehen, mit welchem Engagement und in welcher Breite hier Aufbauarbeit betrieben wird.

Gespräch mit dem stv. Leiter UNAMA, Martin Kobler

Beim Gespräch mit Martin Kobler und seinem internationalen Team dreht sich noch einmal vieles um die Wahlvorbereitungen. UNAMA beschäftigt 333 internationale Mitarbeiter und 1.322 Afghaninnen und Afghanen. Die gesamte UN hat über 1.000 Mitarbeiter und 6.000 afghanische Angestellte.

Insbesondere die Sicherheitslage steht im Vordergrund unseres Gespräches. Die Angestellten von UNAMA gehen größere Risiken ein, weil sie sich weitgehend ohne Schutz im Lande bewegen.

Die Anzahl der Distrikte in denen keine afghanischen Sicherheitskräfte präsent sind, hat sich von 16 auf neun reduziert. Es gibt jetzt weniger Distrikte ohne afghanische Sicherheitskräfte, aber mehr unsichere Distrikte, weil die Aufständischen ausweichen. Mittlerweile sind daher circa 80 von 400 Distrikten in Afghanistan sehr gefährlich, drei davon im Norden. Auf das zusätzliche militärische Engagement reagieren die Taliban asymmetrisch. Es werden verstärkt afghanische Zivilisten getötet. Taliban fallen in Dörfer ein und töten all diejenigen, denen sie vorwerfen nicht ausreichend mit ihnen zu kooperieren. Das führt zu Angst und Schrecken in der Bevölkerung und zu einer weiteren Zurückhaltung bei der Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft.

Die entscheidende Frage aus Sicht der UNAMA für die Wahl wird sein, ob es einen legitimen



Wahlprozess gibt und am Ende alle Stimmen wirklich gezählt werden. Betrug wird geschehen, die Frage ist allerdings in welchem Umfang. Anders als bei der Präsidentenwahl reichen dieses Mal viele kleine Betrügereien um das Ergebnis zu beeinflussen. Das Parlament hat es in den vergangenen Monaten geschafft, ein Gegengewicht zum Präsidenten zu bilden. Das hat die Regierung irritiert, der Wahlprozess wird zeigen, wie die Regierung damit umgeht.

Mit den anstehenden Versöhnungsgesprächen versucht die Regierung die Aufstandsbewegung zu spalten. Mit Sorgen wird bei UNAMA allerdings gesehen, dass Menschenrechte und insbesondere Frauenrechte immer mehr zu einem Lippenbekenntnis

reduziert werden.

Gespräch mit afghanischen und internationalen Journalisten

BBC, New York Times, Times of India und viele Vertreter afghanischer Medien führten uns die Vielfalt der Medienlandschaft in Kabul vor. Knapp 300 Zeitungen, an die hundert Radiosender und dreißig Fernsehprogramme existieren mittlerweile in Afghanistan. Offen wird in dem Gespräch auch über das Problem von politischer Einflussnahme und Zensur gesprochen. Die Medien gehören unterschiedlichen Interessensgruppen und sind oft eingeschränkt in ihrer Berichterstattung. Trotzdem ist der Fortschritt beeindruckend und ermutigend. Deutlich wird beim Essen auch die Erwartung an die internationale Gemeinschaft. In Hinblick auf einen sich abzeichnenden Rückgang des militärischen Engagement fordern die Medienvertreter jetzt eine Strategie, die darauf abzielt in der verbliebenden Zeit das Bestmögliche zu erreichen.

Gespräch mit Vertretern der afghanischen Frauenfußballnationalmannschaft



Dank einer Mitarbeiterin der Böll-Stiftung konnten wir noch zusätzlich einen Termin mit VertreterInnen der afghanischen Frauenfußballnationalmannschaft organisieren. Wir trafen die Mannschaftsmanagerin, die Spielführerin und eine weitere Spielerin. Drei junge Frauen, eine Paschtunin, eine Tadschikin und eine Hazara, die exemplarisch für ein besseres Afghanistan stehen. Trotz aller Widrigkeiten lassen sie sich in ihrer Leidenschaft für Fußball nicht bremsen. Wir hätten es nicht für möglich gehalten, dass 18 Frauenfußballteams allein in Kabul existieren und weitere in den größeren Städten des Landes. Die Infrastruktur für die Teams ist allerdings schlecht. Sie dürfen die Fußballanlagen für die afghanischen Jungen- und Männermannschaften nicht benutzen. Trainingsmöglichkeiten bestehen entweder hinter hohen Mauern auf kleineren Feldern oder auf dem Fußballplatz im ISAF-Hauptquartier. Dieser ist allerdings auch Landeplatz für Hubschrauber. Die jungen Frauen wünschen sich größere Unterstützung für ihren Sport, insbesondere die Möglichkeit für Trainingslager im Ausland und die Entsendung eines qualifizierten ausländischen Trainers zur Betreuung.

Besuch der Aga Khan Stiftung und der Barbur Gärten

Einer der größten nichtstaatlichen Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan ist die Aga Khan Stiftung. Religiöse Ansichten spielt für die Arbeit der Stiftung keine Rolle. Bis heute hat die Stiftung über 800 Millionen Dollar in Afghanistan investiert. Aga Khan ist auch als Investor aktiv, u.a.

das größte Mobilfunkunternehmen. Die Gewinne aus den wirtschaftlichen Tätigkeiten fließen in die Entwicklungszusammenarbeit und bleiben damit im Land.

Aktuell beschäftigt die Stiftung über 5.000 Afghaninnen und Afghanen. Seit 2003 ist Deutschland der größte finanzielle Unterstützer der Stiftung. Gerade hat die Stiftung in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung ein Stabilitätsprogramm für Nordafghanistan aufgelegt. Das Programm wird bewusst über die staatlichen Strukturen Afghanistans implementiert. Ziel ist dabei die Infrastruktur im Norden zu verbessern und so einen Beitrag zum Aufbau von Stabilität zu leisten. Deutlich wurde bei der Präsentation, dass der Projekterfolg auf

lokale Mitarbeiter und auf eine Distanz zum Militär setzt. So tritt die Stiftung nie gemeinsam mit Militär auf und arbeitet unbewaffnet.

Insgesamt hatten wir den Eindruck, dass die Aga Khan Stiftung eine beeindruckende Arbeit im Rahmen des Wiederaufbaus leistet. Nach dem Gespräch in der Stiftung haben wir die Barbur Gärten besucht, die ebenfalls mit Hilfe



der Aga Khan Stiftung wieder in Stand gesetzt wurden. Die Gärten mitten im Kabul bilden den größten öffentlichen Park in Kabul und werden von der Bevölkerung begeistert angenommen. Sie sind eine Oase der Ruhe und des Friedens in der Stadt. Hier ist ein Erfolg des Wiederaufbaus wirklich erlebbar.

Besuch im ISAF-Hauptquartier

Mittagessen mit deutschen Soldaten und Gespräch mit dem Pressesprecher von ISAF, General Blotz. Anders als in Mazar dominierte zu Beginn des gemeinsamen Mittagessens mit Angehörigen der Bundeswehr weniger eine Diskussion über die Situation in Afghanistan, sondern über Grundlagen deutscher Sicherheitspolitik.

Die Diskussion über deutsche Interessen und die Bundeswehrreform beschäftigte auch die Soldaten in Kabul. Deutlich wurde, dass die Wehrpflicht nicht als Kernidentität für die Bundeswehr gesehen wird. Betont wurde der Wunsch von der Politik klare Aufgaben, entsprechende Fähigkeiten und Unterstützung zu erhalten. Im Anschluss an eine engagierte und streitbare Diskussion schloss sich ein Gespräch mit dem Pressesprecher von ISAF, General Blotz an. Er ist zurzeit der ranghöchste Deutsche in ISAF-Hauptquartier. Er berichtete von der Verdreifachung der Spezialkräfte für ISAF und verwies

darauf, dass es in den letzten 90 Tagen gelungen ist über 2.500 Aufständische auszuschalten. Dabei verlaufen 80 Prozent aller Spezialkräfteeinsätze ohne Schusswechsel und 82 Prozent der Einsätze finden nachts statt, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Die Zielauswahlverfahren sind dabei extrem aufwendig, nie würde sich ISAF dabei nur auf eine einzige Quelle stützen.

Gespräch mit dem Deputy NATO Senior Civilian Representative Serge Labbé

Sege Labbé berichtete von den großen Schwierigkeiten, im Rahmen der Militäroperationen in Helmand und Kandahar Staatlichkeit aufzubauen. Noch immer gelingt es nicht ausreichend im Anschluss von Militäroperationen im Süden sichtbare und verlässliche Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Kritisch äußerte er sich auch zu den angedachten Zeitplänen. Er betonte ausdrücklich, die Formulierung von Präsident Obama, dass ein Abzug nur beginnen kann, wenn es die Zustände erlauben. Nach seiner Sicht ist es daher zu früh, über die weiteren Entwicklungen zu spekulieren. Zudem berichtete der ehemalige kanadische General von einem massiven Aufbau der zivilen Kapazitäten innerhalb von ISAF. Das ist eine Reaktion auf den riesigen Unterschied im Aufbau von Sicherheitsstrukturen gegenüber Staatlichkeit. Insbesondere im Bereich der afghanischen Zivilverwaltung fehlt es massiv an Kapazitäten, den Ministerien fehlt es an ausgebildetem Personal. Unglücklicherweise hat die Internationale Gemeinschaft erst so spät auf diesen Missstand reagiert. Er betonte die Notwendigkeit zugleich mit dem zunehmenden Verwaltungsaufbau mehr zivile Mittel durch die afghanische Regierung verwalten zu lassen, um die afghanische Regierung zu stärken. Zugleich kritisierte er bei den zivilen Aufbauanstrengungen, dass diese viel zu oft am afghanischen Bedarf vorbei geplant wurden. Er regt zudem an, ein Programm zur staatlichen Lehrerausbildung an Madrassen aufzulegen, um dort den fundamentalistischen Einfluss zurückzudrängen.

Serge Labbé betonte die Notwendigkeit einen kriterienbasierten Übergabepfad gemeinsam mit den Afghanen zu erarbeiten. Er geht davon aus, dass dies bis zum Lissaboner Nato-Gipfel geschieht. Alle 33 afghanischen Provinzen, die 34. Kabul ist bereits an die Afghanen übergeben, werden zurzeit bewertet. Auch er betonte die Konditionierung der amerikanischen Abzugsstrategie. Nur wenn der Erfolg sich einstellt, kann der Abzug beginnen.

Gespräch mit dem Außenminister der Islamischen Republik Afghanistan S.E. Herrn Zalmi Rasoul

Wie ein roter Faden zieht sich Pakistan durch die politische Gespräche mit afghanischer Regierungsverantwortung. Herr Rasoul äußerte scharfe Kritik an der pakistanischen Doppelstrategie von Taliban-Unterstützung und Kooperation mit dem Westen. Auch mit dem Iran lassen sich gute Beziehungen nur bedingt aufbauen. Der Iran unterstütze die Taliban in einem moderaten Umfang,

nicht aus ideologischen Gründen, sondern um Störpotential gegenüber der internationalen Gemeinschaft zu haben.